



## 51. dbb Jahrestagung in Köln

### Bundvorsitzender Heesen bekräftigt Forderung zur Einkommensrunde

Mit der Einstimmung auf eine schwierige Einkommensrunde 2010 im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen und deutlicher Kritik an der Innenpolitik der schwarz-gelben Regierungskoalition hat der Bundesvorsitzende Peter Heesen am 11. Januar 2010 die 51. Jahrestagung des dbb beamtenbund und tarifunion in Köln eröffnet. Er forderte angesichts der wachsenden Zahl von Übergriffen auf Polizisten, Strafvollzugsbedienstete, Ordnungskräfte und Lehrer dazu auf, den öffentlichen Dienst zu einem „Vorbild für Verantwortung“ zu machen und „so einen wertvollen Beitrag zu leisten zur Gewissensbildung in unserer Gesellschaft“.

Mit Blick auf die Entwicklung des Beamtenrechts in den Bundesländern nannte Heesen die Auseinanderentwicklung im Besoldungsrecht ein „großes Ärgernis“. Lob zollte er Bayern, das das bislang umfassendste Gesetzeskonzept vorgelegt und dabei auch viele Reformvorschläge des dbb umgesetzt habe. An Bundesinnenminister Thomas de Maizière appellierte er „gemeinsam getragene Lösungen“ zu den Themen Ausbau der Leistungsbezahlung, durchlässigeres Laufbahnrecht und Trennung der Systeme im Versorgungsbereich zu finden.

Im Hinblick auf die am 13. Januar 2010 beginnenden Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen und die Fünf-Prozent-Gesamtforderung erläutert Heesen: „Betrachtet man die vielen einzelnen Maßnahmen, die unter der Fünf-Prozent-Klammer stehen, dann stellt sich eher die Frage, ob das alles mit fünf Prozent vernünftig hinzukriegen ist, nicht aber, ob die Forderung unter diesen sachlichen Kriterien zu hoch sei.“

So seien in der Forderung die Nachwuchsförderung durch mehr Ausbildung und bessere Ausbildungsvergütungen, verbesserte Aufstiegsperspektiven und das Ziel einer tarifvertraglichen Altersteilzeit eingeschlossen. Zudem stehe der dbb mit seiner Forderung im Einklang mit dem Bestreben der Bundesregierung nach Wachstumsförderung. Dies setze mehr Kaufkraft voraus. „Und mehr Kaufkraft ist nur dort gegeben, wo die Menschen – und dazu zählen auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – mehr Geld in der Tasche haben“, so der dbb Chef.

tbb-konkret